

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nummer 60.— Mk. Durch Austräger 900.— Mk. pro Woche. Durch die Post 900.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach Nr. 810 59. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8837

Mittwoch, 14. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 50.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Verammlungsanzeigen 15.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 3.— Mk. — Ret. L. a. m. e.: Die Millimeterzeile 8 gespaltene oder deren Raum im Text 150.— Mk.

Die Kohlenbarone haben den Kohlenpreis verdoppelt!

Weil die Löhne gestiegen sind — und weil ihnen die Abführung der Kohlensteuer nicht mehr gestundet wird! . . .

Breslau, den 13. Februar 1923
Im Monat Januar allein haben sich die Lebenshaltungskosten für das Proletariat um 85,5 Prozent erhöht. Durchschnittlich stiegen alle Preise auf das 6874fache. Die Kohle wurde von den Kohlenmagnaten gegen 1914 bereits auf das 7162fache erhöht. Stahl auf das 8775fache, Häute, Felle, Leder, Gummi, auf das 9273fache, Textilwaren, also Webwaren auf das 15 000fache. Die Devise der Wucherer ist: „Kein Tag, keine Stunde ohne Preisaufschlag“. Demgegenüber sind die Löhne nur kaum um das 500- bis 750fache gestiegen; und schon wieder melden die bürgerlichen Zeitungen neue schamlose Preiserhöhungen an. So sind z. B. die Kohlenmagnaten drauf und dran, die Kohlenpreise wiederum um mindestens 100 Prozent zu erhöhen. Damit würde der Zentner Kohle etwa 13 000 Mark und also das mindestens 13 000- bis 15 000fache gegenüber 1914 kosten. Diese schamlose Bewucherung der Bevölkerung läßt sich nicht begründen mit den Löhnen oder Materialpreisen. Die Löhne machen an dem Preis eines Zentners Kohle schlecht gerechnet ein Achtel bis ein Zwanzigstel der Preissumme aus. Trotzdem bringt es der „General“, das Breslauer Staatsblatt, fertig, nachstehende Notiz zu veröffentlichen. Dieses Presserequibulum erdreißt sich die Erhöhung der Kohlenpreise mit der neuen „Lohnerhöhung“, und ferner damit zu begründen, daß den Kohlenbaronen nicht mehr die Kohlensteuer gestundet werden. Doch lassen wir den „General“ selbst sprechen:

„Wie wir erfahren, trat der Reichskohlenverband mit dem großen Ausschuh des Reichslahndates am 8. Februar in Berlin zusammen, um über die durch die Lohnerhöhung bedingte Kohlenpreiserhöhung zu beraten. Aller Wahrheitsliebe nach ist mit einer mindestens 100-prozentigen Kohlenpreiserhöhung zu rechnen. Es ist zu bedauern, daß das Reichsfinanzministerium wegen der von der Linken gerichteten Angriffe nicht mehr in der Lage sehen wird, eine Kohlensteuererhöhung zu gewähren. Bisher konnten sich die Kohlenpreiserhöhungen in engeren Grenzen halten (!!!), weil die Kohlensteuer gestundet wurde, und so den Baronen größere Betriebsmittel zur Verfügung standen. Da dies nun wegfällt dürfte, werden auch die Kohlenpreiserhöhungen ein größeres Ausmaß annehmen.“

So, jetzt wissen wir's. Die Kohlenpreiserhöhungen haben sich in „engeren Grenzen“ gehalten, weil den Kohlenbaronen die Kohlensteuer gestundet wurde und so den Baronen größere Betriebsmittel zur Verfügung standen. Der „General“ denkt, „Es merkt ja doch keiner, daß es Schwindel ist“. Tatsächlich sind die Kohlenpreise trotz der Kohlensteuererhöhung keinesfalls niedrig gewesen. Die Stundung der Kohlensteuer aber brachte den Kapitalisten Riesengewinne ein. Wenn sie z. B. im Monat

August, wo der Dollar mit 700 Mk. bezahlt wurde, für die 40 Milliarden Mark gestundeter Kohlensteuer Dollars gekauft haben, so bekamen sie dafür 57 142 857 Dollar. Diese Dollars ließen sie in ihren Geldschränken liegen. Jetzt im Februar, wo der Dollar etwa 40 000 Mk. kostet, verkaufen sie von diesen 57 142 857 Dollars 100 000 Dollars, und bekommen dafür die 40 Milliarden Mark, die sie an Steuern dem Staatsfiskus schulden. Sie können also jetzt die 40 Milliarden Mark mit 100 000 Dollars bezahlen und behalten außerdem noch 57 042 857 Dollar, bezw. 2 281 714 280 000 Mark. Die Arbeiter werden es also verstehen, warum den Kohlenbaronen die „Angriffe der Linken“ unangenehm sind. Ebenso werden die Arbeiter erkennen, daß die Angaben der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ die den Wucher der Großkapitalisten begründen, nichts anderes als purer Schwindel sind. Denn den Unternehmern werden sowohl durch die Milliardenkredite der Reichsregierung (die von Kohlenbaronen einen Kredit von 130 Milliarden gab) als auch durch die „Ruhrhilfe“ genügend Betriebsmittel zugeführt. Wenn sie also jetzt wiederum die Kohlenpreise um 100 Prozent erhöhen, (die Erhöhung mit 100 Prozent ist bereits perfekt geworden) so lediglich, um ihre Profite um 100 Prozent zu vergrößern. Damit beweisen die Unternehmer wiederum recht klar und eindeutig, was die Phrasen „Das Vaterland ist in Gefahr“ und „wir alle müssen Opfer bringen“ auf sich haben. Diese 100prozentige Kohlenpreiserhöhung ist ein weiteres „Beispiel wahrer Vaterlandsliebe der geistig und wirtschaftlich führenden Schichten“. Sie rauben einem großen Teil der Bevölkerung die Möglichkeit, ihr Zimmerchen ein wenig zu erwärmen oder zubeleuchten bezw. ihr „Essen“ zu kochen.

Und die Regierung Cuno, sie duldet diesen Wucher der „Großen“. Jemand einen kleinen Wucherer wird sie hängen — die „Großen“, die Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut sind — unterstützt sie, indem sie das aufbegehrende Proletariat mit den Bajonetten zurückhalten läßt! Diese Ausplünderung der arbeitenden Massen und des Kleinbürgertums durch die „Großkapitalbewahrer“ wird erst dann ein Ende nehmen, wenn die gesamte Arbeiterschaft aufmarschiert — auch gegen den Willen der sozialpatriotischen Partei- und Gewerkschaftsführer — zum Kampf um die Kontrolle der Produktion und Preisfestsetzung, wenn es die Cuno-Regierung nicht, die eine Regierung des Großkapitals ist, wenn es eine Arbeiterregierung bildet, die auf den großen und kleinen deutschen und jüdischen Wucherern mit eiserner Faust an den Kragen geht.

Proleten! Wie lange wollt Ihr noch warten?

An unsere Brüder, die Bergarbeiter Deutschlands.

Von Henri Delfosse (Paris).

Angeichts des Kampfes, der an der Saar und in Lothringen schon tobt, kommt den Ausführungen uneres französischen Genossen besondere Bedeutung zu.

Mit größter Aufmerksamkeit verfolgen wir die Entwicklung des Kampfes, der sich zwischen den französischen und dem deutschen Imperialismus im Ruhrgebiet abspielt.

Von dem Wunsche befeelt, in dieser Bewegung keinem der miteinander im Kampfe liegenden Kapitalismen zu dienen, könnt Ihr in diesem Kampfe unmöglich eine patriotische Rolle spielen. Denn es war Euer Patriotismus, der im Gegensatz stand zu dem unrigen, und daher unsere gemeinsame Ohnmacht verschuldet hat.

In und nach dem Kriege haben wir, obwohl wir zu den „Siegern“ gehören, alles verloren. Unser Elend wächst, und man will uns jetzt im Namen derselben Prinzipien, nachdem wir uns lange auf militärischem Boden gegenseitig geschlagen haben, erneut zwingen, uns auch auf wirtschaftlichem Gebiete gegenseitig umzubringen.

Eine gewisse Zeilung haben die Reformisten Eures Landes Euch im Einvernehmen mit dem Unternehmertum zum Verfahren von Ueberstunden und Ueberstunden verleitet, und diese Ueberarbeit im Dienste und zum Nutzen der französischen Kapitalisten hat sich direkt gegen die französischen Bergarbeiter gerichtet.

Anbei einige Zahlen, die Euch über den wirklichen Sachverhalt aufklären werden:

Seit dem Jahre 1919 bis heut sind aus Deutschland über 40 Millionen Tonnen Steinkohle nach Frankreich geliefert worden, ohne daß dadurch die Profite Eurer Herren sich irgendwie verringert hätten.

Wenn man berücksichtigt, daß die französische Kohlenproduktion sich im Durchschnitt pro Monat auf 2 500 000 Tonnen beläuft, so stellen die deutschen Kohlenlieferungen die anderthalbfache Jahresleistung der französischen Bergarbeiter dar.

Unter Hinzutritt der Kompensationen einer allgemeinen Wirtschaftskrise führten die Lieferungen von deutscher Reparationskohle in Frankreich zur Ansammlung von Kohlenlagern, hinter denen sich dann die französischen Herren verchanzten, um uns Lohnherabsetzungen aufzuzwingen.

Wir sind der Auffassung — und das muß unseres Erachtens auch die Eutige sein —, daß die Kriegsreparationen von allen Kapitalisten der Welt getragen werden müssen. Und es erscheint uns unerträglich, daß nicht nur die deutschen Arbeiter alle Reparationslasten auf sich nehmen sollen, sondern daß diese Lasten sich auch noch gegen die französischen Bergarbeiter sowie gegen unsere englischen Kameraden wenden, indem sie dadurch zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden.

Wir sind entschlossene Gegner des Versailler Friedensvertrages, weil er der Arbeiterklasse im allgemeinen und der Bergarbeiter im besonderen zu schwerstem Schaden gereicht.

Das deutsche und das französische Unternehmertum ist auch einig in dem Willen, ohne irgendwelche Rücksicht auf die Landesgrenzen, der Arbeiterklasse die ganze Last der gegenwärtigen Raubgüfte aufzubürden.

Wir aber sind entschlossen, dem Imperialismus des Unternehmertums die Spitze zu bieten und Euch über die Grenzen hinweg brüderlich die Hand zu drücken.

Wir müssen uns in Zukunft eng miteinander solidarisieren, und zwar nicht nur moralisch, sondern auch vor allem im Kampfe.

Die französischen Bergarbeiter sind entschlossen, in aller nächster Zeit bei ihren Herren eine Verbesserung ihrer Lebenslage durchzusetzen. Sie möchten nur, daß alle übrigen Bergarbeiter ihre Forderungen auch zu den übrigen machten. Wir müssen zur Verwirklichung dieses Programms kommen, das von dem Internationalen Propagandakomitee der revolutionären Bergarbeiter aufgestellt wurde und verfolgt wird.

Wenn der Kampf demnächst in Frankreich entbrennt, muß er auch in Deutschland geführt werden, nicht nur aus Gründen der allgemeinen Solidarität, sondern auch zum

Die Ruhrbetriebsräte greifen ein.

Essen, den 10. Februar.

Der Dreißigköpfiger Ausschuh der Betriebsräte von Rheinland-Westfalen hat sich an die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften und an die kommunistischen Parteien, Gewerkschaften Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, Englands, an die Amsterdamer Internationale, an die KÖJ, an die 2. und 3. Internationale, an die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft Deutschlands, an den Reichsausschuh der deutschen Betriebsräte und an das Aktionskomitee der Komm. Partei Frankreichs und Deutschlands

in einem Aufruf gewandt, in dem er die Einberufung einer Konferenz aller Organisationen fordert, damit alle Maßnahmen ergriffen werden sollen, die im Interesse des Proletariates notwendig sind.

Als nächste Forderung stellt die Konferenz die neun Forderungen der Essener Betriebsrätekonferenz vom 24. Januar.

Der 23er-Ausschuh hat die Einberufung einer Betriebsräte-Konferenz für Rheinland-Westfalen, für den 4. März beschlossen. Der Ausschuh erfüllt damit den vielfach besprochenen Wunsch der großen Arbeitermassen.

Der Streik im Saarnebiet

erwähnt an Ausdehnung. Arbeitswillige für Notstandsarbeiten sind nur schwer zu erhalten. Französisches Militär läßt die Kohle auf. Die französische Bergwerksdirektion fordert zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. In anderen Falle würden die Bergleute mit Militär dazu gezwungen werden.

Die W. Englands hält treu ihre Beschlüsse.

Bezüglich der proletarischen Einheitsfront, hat sie ihre Mitglieder aufgefordert, sich an den Versammlungen der Labour-Party, der Unabhängigen Arbeiter-Partei und der Gewerkschaften, die sich mit der Ruhrbesetzung befassen werden, zu beteiligen.

Reichsparteitag der KPD.

Die Taktik der Einheitsfront und die Arbeiterregierung.

Diskussion und Schlussworte.

Plenge-Sollingen.

Er wendet sich hauptsächlich gegen die Auffassungen der Gen. Thier und Maslow. Ich möchte doch darauf hinweisen, daß es gerade in Rußland unter einer e. i. Umfassung davon ankommt und an dem die nationale Front zu sprengen und die proletarische zu schließen. Wenn die Führer der KPD in Rheinland-Westfalen bei der Befragung der nationalsozialistischen Generalstreik geraten haben, und wenn wir daneben stehen würden mit verächtlichen Armen, dann würden wir unsere Pflicht nicht erfüllen.

Schreiner-Stuttgart.

Es ist festzustellen, daß die Taktik der Einheitsfront noch lange nicht Gemeingut der KPD geworden ist. Die größte Gefahr für die Einheitsfront ist die bewußte Gegenwehr, weit gefährlicher als das Nichtverstehen, die unbewußte Gegenwehr. Der Redner polemisiert im weiteren Verlauf einer Ausführungen ebenfalls gegen die Auffassungen des Genossen Maslow und derer, die mit ihm einer Meinung sind.

Gohr-Hannover.

erklärt, daß nach seiner Meinung hinter der Frage der Arbeiterregierung die Frage des demokratischen Parlamentarismus steht. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, daß wir alle Dinge mit etwas Mißtrauen betrachten müssen.

Griff Meyer.

Wir können Optimist eigentlich dann sein, daß er uns durch sein Verhalten die Gelegenheit gibt, die Frage der Arbeiterregierung praktisch zu erörtern. Der Genosse Böcker hat nachgewiesen, daß unsere Partei in der jetzigen Situation eine andere Partei bleibt, als der Realisationspolitik gegenüberstehen unsere Partei der Arbeiterregierung. Die bürgerliche Politik erweist mehr und mehr Schiffsbruch. Nicht unbedeutende Teile der Bürgertum geben das heute zu. Darum konnten sich ja auch die Ansichten der Nationalsozialisten verhältnismäßig leicht durchsetzen. Aber was sollen wir nun an die Stelle der bürgerlichen Regierung setzen? Die nächste Forderung der Diktatur des Proletariats heute als Parole zu erheben, ist noch nicht möglich. Wenn wir die Diktatur als nächste Forderung aufstellen können, dann müssen wir doch etwas anderes an ihre Stelle setzen. Und da ergibt sich als selbstverständliche Forderung

eine rein proletarische Klassenpolitik, eine rein proletarische Regierung. Man sagt hier, die KPD würde uns gegebenenfalls kompromittieren, aber ist denn die KPD bereit in eine Arbeiterregierung einzutreten? Sie weigert sich ja immer noch in eine Arbeiterregierung einzutreten. Gohr sagt, die Arbeiterregierung ist die Frage des demokratischen Parlamentarismus. Nach meiner Meinung tritt das nicht zu, sondern hinter der Arbeiterregierung steht das Gebot des Bürgerkriegs. Auch nur der Versuch, die Arbeiterregierung durchzuführen, bedeutet in Deutschland den offenen Bürgerkrieg. Das Schwerkrieg, alle Bürgerlichen werden unter allen Umständen mit allen Mitteln verhindern, eine Arbeiterregierung zu verhindern, und auch die KPD wird, wenn eine Arbeiterregierung zustande gekommen ist, versuchen, sie zu sabotieren. Diejenigen, die heute der Arbeiterregierung noch spezifisch gegenüberstehen, verhindern dadurch die Vorbedingungen für eine Arbeiterregierung.

Schlusswort Maslow.

Ich werde mich kurz fassen, weil die Diskussion innerhalb unserer Partei über die Fragen der Einheitsfronttaktik und der Arbeiterregierung noch nicht soweit gediehen ist, daß ein abschließendes Schlusswort möglich wäre. Die Vertreter beider Auffassungen weisen dem Gegner Forderungen und Anforderungen an die eigene Aufassung nach. Das ist keine Schande, das ist der Beweis, daß die Partei sich bemüht, die Lösung der wichtigsten Probleme zu finden.

Gen. Gegenstand zu konkreteren zwischen Theorie und Praxis ist unzulässig. Die Partei wird die praktischen Fragen nur lösen, wenn sie theoretisch gerichtet ist und sie wird die theoretischen Forderungen finden an Hand der praktischen Erfahrung. Es ist vielleicht keine Schande, daß wir noch keine gemeinsamen Plan haben für unsere Kämpfe haben.

Aber die Frage der Beteiligung an einer Arbeiterregierung behält keine Beherrschung, veränderte Auffassungen bestehen nur darüber, was wir mit der Arbeiterregierung wollen. Wir von der Partei wissen.

die Massfrage in vollem Umfang anstellen. Wenn Gen. Meyer sagt: Die Arbeiterregierung bedeutet den Bürgerkrieg - so ist das ein Gegenstand zu der Ausdrucksweise der Revolution der Zentrale, in der es heißt, der Eintritt in die Arbeiterregierung von Seiten der KPD sei eine Konsequenz der reformistischen Führer an den Kampfwillen der Arbeiterklasse.

Es wird von uns traurig den Genossen, die für die Beteiligung an der Arbeiterregierung eintreten, Ministerstreber zu des sind SPD-Argumente. Und was er uns gibt es keine Gegen, die Freude hat, wir sind alle Kommunisten. Mögegen wir uns werden, das ist die Freude, der Rechten, teilweise Fragen zu Programmpunkten zu machen und die Aufassung, daß die Periode der Arbeiterregierung stabil sein könne und einen neuen Staatsstypus darstelle.

Der ideologische Kampf um die Klärung der Prinzipienfragen muß fortgesetzt werden, auch nach Beendigung des Parteitag; aber unsere Missionen werden einseitig sein.

Die politische Situation ist enger als seit Jahren. Wir werden sie durchkämpfen als einheitliche Partei in jeder Hinsicht. Die KPD darf nicht, sie wird nicht versagen. Wir werden uns die Arbeiterregierung erkämpfen und nicht länger über sie schwadronieren.

Schlusswort Brandler.

Für uns gilt es, die Lösung der konkreten politischen Fragen zu finden und dann Schluss zu machen mit der Diskussion. Die Einschreibungen des Parteitag; müssen mit aller Kraft durchgeführt werden, die Diskussion muß dann abgebrochen werden.

Wenn ich auf das Korreferat des Genossen Maslow eingehen soll, so muß ich erklären, daß es unklar ist, was es war, wenn an dem Aufwand von Kraft mit dem vor dem Parteitag von der Seite der Reformistensprechenden herangezogen wurden. Diese Kraft und diese Zeit hätten fruchtbarer für die Bewegung angewandt werden können.

Wenn Genosse Maslow sich gegen meine Bemerkungen in der Form wendet, als sei sie eine Revision der alten sozialdemokratischen Intellektuellen - und Ausländertheorie, so ist das doch etwas unbedeutend. Es sind nicht wir, die die jämmerliche Partei gegen die "Bögen" ausposaunen. Aber es ist doch ein Unterschied, ob sich ein Intellektueller nach schweren Ringen und unter großen persönlichen Opfern an den Boden des proletarischen Klassenkampfes stellt und seine technisch-wissenschaftliche Vorbildung, die er sich in der bürgerlichen Gesellschaft erworben hat, reiflos in dessen Dienst stellt, und ob

Zweck der Durchsetzung einer geschlossenen Verbesserung unserer Lebenslage.

Am dem Tage, wo die französischen und deutschen Bergarbeiter zum ersten Male zum gemeinsamen internationalen Kampf antreten, wird auch der Kapitalismus erzittern, denn dann ist der Haß zwischen den Völkern die letzte Schranke, hinter der sich der Kapitalismus noch verbirgt, verschwindet, und damit der Anfang seines endgültigen Zusammenbruchs gegeben.

Deutsche Brüder, Ihr habt gleich uns gelitten, als Ihr in den verschiedenen Streiks der Vergangenheit unbewußt das Spiel des Unternehmertums besorgte. Aus dieser Lehre müssen wir und Ihr Nutzen ziehen. Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß es in der Welt nur zwei Klassen gibt: die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse.

Es lebe die kämpfende Arbeiterinternational!

Am Reich der nationalen Einheitsfront!

Max Erling von hunzenden Bergarbeitern! Auf jeder Postfeld wurden circa 40 Bergarbeiter gemahnt, weil sie für die Forderung von 100.000 Mark Wirtschftsbeihilfe eingetreten sind. Die Bekämpfung ist gewillt, gegen diese brutale Maßregelung mit allen Mitteln anzukämpfen.

Diese Nachricht zeigt klar, was die Unternehmer unter "Bürgertümern" verstehen: ihre unumschränkt Diktatur, Preise, Arbeitslohn und Arbeitsbedingungen sollen nur nach dem Willen der Unternehmer festgesetzt werden.

Bereinigung der Arbeiter gegen den Faschismus.

Noch immer läuft der Faschistenhäuptling Rohbach frei herum. Jetzt hat Scoring gegen den Landrat des Kreises Trebnitz, Meusel, ein Verfahren einleiten müssen, weil er nicht unparteiisch genug gegen die Rohbachischen Selbstschutzbanden vorgegangen ist. Zum Untersuchungsbeamten ist ausgerichtet der Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Kern ernannt worden, der der Vater des Rathenau-Mörders Kern ist.

Der aus dem Rathenau-Prozess bekannte Gaultier des Deutschvölkischen Schutzbund und Trughades in Madlenburg, Ulrich Bode, der den Mordern die Maschinenpistole geliefert und die Koffer Arns beigestiftet hat, ist in Berlin an der Spitze eines faschistischen Stütztrupps angekommen, die Taschen voll Geld genau wie Hitler. Auch ihm geschieht in Speerings Reich nichts.

Es ist klar, daß bei diesem Verlagen der zum Schutz der Republik benutzten Behörden, die großen Teils mit den Faschisten sympathisieren, die Arbeiter mehr und mehr dazu übergehen, den proletarischen Selbstschutz zu organisieren.

Das Gewerkschaftsstatut in Eisenach hat in seiner Sitzung vom 5. Februar "die Durchführung der Bildung von proletarischen Selbstschutzorganisationen" beschlossen, "die sich auf die breitesten Grundlage stützen müssen". Eine neungliedrige Kommission soll die notwendigen Maßnahmen sofort durchführen.

In Aulha hat eine sehr stark bewachte, von den Betriebsräten einberufene Versammlung unter Zustimmung der KPD- wie der SED-Ärbeiter der Bildung des Selbstschutzes zugestimmt, der die Forderung des Faschismus parieren soll. Hier soll ein Ausschuss von 11 Personen die Organisation des Selbstschutzes durchführen.

In Jena kam es dieser Tag in einer öffentlichen Versammlung der KPD, die im Volkshaus stattfand, zu einer wichtigen Massenkundgebung gegen Nationalismus und Krieg. Genosse Härtel referierte. Auch hier zigten sich die Massen entschlossen, alles zu tun, um den Faschismus abzuwehren.

Der polnische Sejmabgeordnete Gen. Krolkowski frei.

Genosse Krolkowski, der von den Warschauer Arbeitern in den Sejm gewählt wurde, befand sich während der Wahlen hinter Schloß und Riegel. Er wurde noch im November 1921 zusammen mit anderen Parteigenossen auf dem sogenannten Parteitag in Lemberg verhaftet und des Hochverrats angeklagt. Der Sejm lehnte nach seinem Zusammenritt den Antrag des Abgeordneten Krolkowski (gewählt im Kohlenbezirk Dombrowo) auf die Haftentlassung Krolkowskis ab.

Die im Januar dieses Jahres in Lemberg stattgefundenen Gerichtsverhandlung hat aber die Hoffnungen der Reaktion enttäuscht. Die Geschworenen verurteilten die Schuldfrage in bezug auf den Hochverrat und erkannten nur die Anklage wegen des "Landfriedensbruchs" an. Das hinderte die Richter nicht, Krolkowski (wie andere Genossen) zu drei Jahren Zuchthaus zu verurteilen.

Aber inzwischen haben sich in Warschau bekannt Vorkommnisse, wie der Rechtspruch vom 11. Dezember, die Ermordung des Staatspräsidenten Karamowicz durch die Faschisten, der Generalstreik der Arbeiter, abgepielt. Als in dieser Atmosphäre der Fall Krolkowski wieder zur Sprache gebracht wurde und der Sejm sich nicht mehr hinter den "Hochverrats"-Prozess verbergen konnte, mußte die Mehrheit der Widerstandspartei Krolkowskis in sein Unschuldigtätigkeit zu erklären. Es war dies natürlich kein Gnadenakt, die Spannschheit konnte den Warschauer Arbeitern, die sich eben unter der kommunistischen Führung gekämpft zur Abwehr der polnischen Imperialisten erhoben haben, die Freilassung ihres Abgeordneten nicht verweigern. Es war kein Gnadenakt, es war ein Sieg der Arbeiter.

Während die Genossen Dombal und Langhülß schon als Sejmabgeordnete zum Nationalkongress übergeben sind, ist Krolkowski der erste alle Kommunisten im polnischen Sejm.

Der Genosse Krolkowski hielt gemeinsam mit Langhülß am 2. Februar schon seine erste öffentliche Versammlung auf einem Warschauer Platz ab. Die versammelte riesige Arbeitermenge jubelte ihrem befreiten Führer begeistert zu.

sehen der Haltung der Genossen um Maslow. Durch Ablehnung Artikel vorzuschicken wollen, als ob große Arbeitermassen hinter der eigenen Meinung stünden, das ist ein Kampf um die Idee, daß die Genossen in Dombrowo entschieden beschwächt hätte.

Wenn wir unsere Ziele beim

Kampf um die Arbeiterregierung

in der Weise formulieren wollten, wie es der Gen. Maslow will, so hieße das die Taktik der Einheitsfront unmöglich machen. Wir müssen bei unseren Kämpfen anknüpfen an die Ideologie, die wir vorfinden. Es ist ein gefährlicher Satz, wenn Gen. Maslow sagt: "Wir müssen auch dann kämpfen, wenn es ausstos ist." Vor der Verantwortlichkeit des Parteitag; muß eine solche unverantwortliche Meinerung in aller Form zurückgewiesen werden.

Für die

„Einheitsfront von oben“

haben wir den besten Kronzeugen in Karl Radel, der auf dem 4. Weltkongress erklärt hat, daß die Verhandlungen der Arbeiter-Kommision einen Versuch bilden, die Einheitsfront von oben im Weltmaßstab zu organisieren.

Wenn die Einheitsfront von oben gegen die offenen und offenen heranzieht, dann hätte sie den Mut aufbringen müssen zu erklären, daß wir in der jetzigen Situation, die unstreitig noch oben ist, von der Bildung der Arbeiterregierung Abstand nehmen müssen. Würden wir den Kampf lediglich unter „Einigungsparolen“ führen, so würde uns die Arbeiterklasse nicht ernst nehmen, und das wäre das größte Verbrechen für unseren Kampf.

Wenn Gen. Maslow hier erklärt hat, die Kadetten seien 1938 noch eine revolutionäre Partei gewesen, dann hat er weder die damalige russische noch die heutige Situation verstanden.

Trotz aller Verdächtigung der Zeitung müssen wir die Organe des bürgerlichen Staates ausnützen.

Wie das zu gehen hat, das läßt sich in einzelnen nicht festlegen. Aber in einer Republik ohne Republikaner, in einer Demokratie ohne Demokraten, wie wir sie haben, müssen wir es wagen, was die Demokratie nicht sind. Es ist kein Zu all, daß die KPD in der Parteitag;zeit Forderungen vertreten hat, die die bürgerliche Demokratie im Stich gelassen hat.

Es wäre unpolitisch, wenn wir unsere Bewegungsfreiheit in die Richtung binden wollten. Wenn wir noch nicht so stark sind, das bürgerliche Parlament zu zerbrechen, und wenn die Bourgeoisie noch nicht stark genug ist, unsere proletarischen Kampforgane zu zerlegen, dann kann eventuell die gegebene Verbindung zum Ausgangspunkt des Kampfes werden. Das ist keine Frage der Moral, das ist eine Frage des Kräfteverhältnisses. Wir leben nicht im luftleeren Raum, die Tatsachen erzwingen sich ihre Anerkennung. Noch heute gilt das, was La Salle vor 80 Jahre gesagt hat, daß Verfassungsfragen Maßfragen sind. Wir haben keine Möglichkeit, uns wo anders hinzustellen, als dahin, wozu uns die Verhältnisse zwingen.

Von den Diskussionsrednern ist zu bemerken, daß Genosse Thälmann, obwohl er glaubte, gegen uns zu polemisieren, im Grunde das ausseprohen hat, um was es sich handelt. Bei den besten und geschultesten Kräften unserer Genossen in den Betrieben können wohl einige Mißverständnisse Platz greifen, aber in den Grundfragen sind wir einig. Die Stellung der Bolschewiki oder Machübernahme vom März 1917 bis Oktober war die konsequente Durchführung der Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung.

Wenn ich noch auf das Schlusswort Maslows eingehen will, so will ich doch daran erinnern, daß es uns vorübergehend, da wir unsere Organisationen stark sind, z. B. in Rheinland-Westfalen, möglich war, Führer der KPD zum Kampf zu zwingen. Die politische Situation wußt vom 2. Tag, von Stunde zu Stunde. Da muß die kommunistische Partei aus dem Parteitag getätigt herdergehen. Sie muß

Die revolutionäre Perspektive

mitnehmen, sowohl für die nächsten Wochen, wie auch für längere Zeit, darüber ist kein Zweifel möglich. Nur durch die Niederwerfung der eigenen Bourgeoisie können wir den Kampf gegen die Ausbeutung führen. Und die erste Etappe hierzu bildet die Arbeiterregierung. Das Zweite zum nationalsozialistischen Krieg ist Landesherren. Gegenüber diesem verbrecherischen Treiben bildet

Die Zusammenfassung der Arbeiterschaft

über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg die einzige Rettung. Ein gefährlicher Widerstand ist dem heutigen Deutschland unmöglich. Wir dürfen das Proletariat nicht offen im Kampf um die Reparationen, wir müssen unsere Mittelstandskräfte der Ausbeuter und Nutznießer der proletarischen Arbeit. Die Lasten des Zusammenbruchs müssen abgewälzt werden auf die Bourgeoisie, sodann erhalten wir eine Atempause. Der Kampf gegen den Versailles Vertrag ist von uns aufgenommen worden. Die Haltung unserer rheinischen Genossen beweist das Anwachsen der Kräfte der KPD. Die sozialistische Konstruktivität bedeutet eine Vergrößerung des Glaubens und eine Steigerung der faschistischen Gefahr.

Für uns gibt es nur eine Form der Abwehr: die revolutionäre Abwehr durch einen revolutionären Krieg, wie sie Rosa Luxemburg in der Junius-Broschüre geordert hat. Erst nach der Niederwerfung der eigenen Bourgeoisie durch die organisierte Arbeiterklasse ist die Verteidigung gegen den Landes- und Weltkrieg möglich. Dann werden wir eine ganz andere Kraft gegenüber dem französischen Imperialismus aufbringen, als jede bürgerliche Regierung. Ich erinnere an die Meuterei der französischen Matrosen in der Schwarzen-See-Flotte, an die Dienstverweigerung der englischen und amerikanischen Soldaten in Archangelsk. Erst gegen ein

Sowjetdeutschland

werden die französischen Soldaten nicht mehr zu kämpfen bereit sein.

Unsere Anknüpfung an die Tagesakte muß verbunden werden mit der großen weltgeschichtlichen Perspektive.

Wir sind ist die Volkspartei! Unser Weg geht aufwärts! Gemeinsam, als geschlossene Partei, werden wir kämpfen für die Ziele des Proletariats, für die Ziele der Weltrevolution! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Böttger:

Wir können jetzt zur Abstimmung über die zur Frage Einheitsfront und Arbeiterregierung vorliegenden Anträge. Als solche liegen vor einer von Berlin-Brandenburg und dann die Anträge 33 und 34. 33 hat sich erledigt, er ist übernommen in die Resolution der Zentrale. Zunächst stimmen wir ab über die Beiträge der Zentrale über die Einheitsfronttaktik.

Die Abstimmung ergibt dann ein Dafür von 118 Stimmen und 59 Stimmen dagegen. Durch diese Abstimmung sind gleichzeitig erledigt die Anträge 34 und der des Bezirks Berlin-Brandenburg.

Schlesische Rundschau.

„Schlesierhilfe fürs Ruhrgebiet.“

Proletariat selbst doppelt und dreifach auf der Hut!

Die Nationalisten Schlesiens haben es verstanden, die Sammelaktion für das Ruhrgebiet zu einem besonderen schlesischen Patriotismus auszunutzen. Aus der „Schlesierhilfe“ haben sie eine „Schlesierhilfe“ gemacht. Und sie verlaumen es nicht, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Schlesier in „bedrängter Ostmark“ ganz besonders mit den Brüdern im Ruhrgebiet verbunden sind. Sie verschweigen jedoch, daß die Arbeiterchaft Schlesiens im besonderen mit den Bergarbeitern im Ruhrgebiet durch die gleiche wirtschaftliche Notlage verbunden ist. Würden die Patrioten das den Arbeitern sagen, dann wäre nämlich die Gefahr vorhanden, daß die Arbeiter gleich ihren Brüdern im Ruhrgebiet die Front gegen die deutschen Kapitalisten richten und statt Sammelaktionen, Lohnkämpfe durchführen. Trotz ihrer Unaufrichtigkeit haben die Patrioten wenig Erfolge. Ganz spontan rüden die Arbeiter auch in Schlesien von der nationalistischen Sammelaktion ab. Daran ändert auch nichts der schon gefährliche Bericht über die Sammlungen, den der Oberpräsident Zimmer vor der Kommission für die „Schlesierhilfe“ gegeben hat. Die Pressestelle beim Oberpräsidium berichtet darüber:

Am Freitag, den 9. Februar, hat im Oberpräsidium eine Sitzung der Kommission für die „Schlesierhilfe“ für das Ruhrgebiet stattgefunden. Oberpräsident Zimmer gab einen Überblick über die bisherige Sammelstätigkeit. Neben der gemeinsamen Aktion der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die bereits bis jetzt 1.100.000 in Schenkungen erbracht hat, hat auch die Ausrufung der freien Sammelstätigkeit durch die Behörden und Vertretungen aller Gänge große Erfolge gezeigt. Nach den bisherigen Schätzungen sind mehrere hundert Millionen gezeichnet worden. Ebenso sind reichlich Naturalien von der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Ueber die Verwendung der von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Ueberstundenarbeit und einen entprechenden Satz der Unternehmer aufgebracht Mittel verfügen ein Vertreter der Arbeitgeber und ein Vertreter der Arbeitnehmer, die gemeinsam zeichnen. Von den in freier Sammelstätigkeit aufgeführten Summen sind in den ersten Tagen zur Ueberwindung dringender Notstände 5 Millionen Mark zur Verfügung des Oberpräsidenten in Münster überwiesen worden; über die Verwendung der übrigen bereits aufgeführten Mittel werden in diesen Tagen entsprechende Anweisungen aus Berlin erwartet.

Die Besprechung der Kommission ergab Einmütigkeit darüber, daß zwar die Höhe der aufgeführten Beträge erfreulich sei, daß aber gegenüber der schweren Not und Bedrängnis, die auf den deutschen Volksgenossen im Westen lastet und ihnen in noch größerem Umfang bevorsteht, und in Anbetracht der ungeheuren Gefahr für Staat und Wirtschaft in Deutschland, die die Ruhraktion der Franzosen und Belgier mit sich bringt, die Anstrengungen verdoppelt und verdreifacht werden müssen. Allgemein wurde dabei in der Kommission der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dahin zu wirken, daß die Bevölkerung in der Befähigung ihrer Opferwilligkeit nicht nachlassen, sondern für den Abwehrkampf gegen die Vergewaltigung deutscher Landesteile ihr Alles einbringen möge. Der wertvollen Unterstützung, die bei der Sammelstätigkeit die Banken und insbesondere auch die Presse leisten, wurde dankbar gedacht.

Dieser Bericht ist sehr charakteristisch. Er anerkennt die Hilfe der Landwirtschaft, der Unternehmer und auch der Arbeiter. Aber eines verschweigt er, nämlich, daß die Mittel einzig und allein durch das Proletariat aufgebracht worden sind. Wohl profsten auf den Sammellisten Gutsbesitzer mit großen Beträgen, doch sie haben es verstanden, durch Wucherpreise sich dafür schadlos zu halten und auch die Kapitalisten, die mit sechsstelligen Zahlen auf den Sammellisten Reklame machen, haben die Unkosten durch Verteuerung der Erzeugnisse ihrer

Unternehmen wieder eingebracht. Allein die Arbeiterchaft hat die Kosten getragen. Die Löhne wurden von der Teuerung weit überflügelt, der Reallohn ist noch tiefer gesunken. Und Hunger und Elend in den Proletariathütten ist gewachsen.

Was für die Arbeiterchaft Schlesiens aber besonders wichtig ist: In der Sitzung der Kommission für die „Schlesierhilfe für das Ruhrgebiet“ herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Anstrengungen verdoppelt und verdreifacht werden müssen. Die Kapitalisten sind schnell dabei. Sie verdoppeln und verdreifachen ihren Wucher. Ihre Gewinne werden verdoppelt und verdreifacht und das ganze Unternehmertum, das bei der Ruhraktion wie bei der Nothilfe den Angriff auf den Achtstundentag eröffnet hat, wird den Kampf um den Zehn- und Zwölfstundentag verdoppeln und verdreifachen. Verdoppelt und verdreifacht wird sich auch der Hunger des Proletariats, die Sterblichkeit der Arbeiterjuglinge. Ihr aber, Proletariat, müßt doppelt und dreifach auf der Hut sein. Euer Kampf gegen den Sammelbetrug muß mit doppelt und dreifacher Kraft geführt werden. So macht ihr alle Anstrengungen der nationalistischen Räuber zu schanden, und wenn sie vervierfacht werden.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Generalversammlung der Bauarbeiter.

Die Generalversammlung der Bauarbeiter Waldenburgs war von 99 Delegierten besucht. Unter Punkt 1 gab Kollege Fryk Scholz den Geschäfts- und Kassabericht des verflohenen Jahres. Aus diesem Bericht war zu ersehen, daß der Zweigverein ein arbeitsreiches Jahr hinter sich hat. Zu erwähnen wäre das Zustunehmen des beschlechtesten Reichsarbeitsjahres, ferner der Uebergang des deutschen Bauarbeiterverbandes zum Bauergewerksbund. Leider haben sich erst einzelne kleine Fachgruppen an die angestrebten, wohingegen die größeren Gewerkschaften dem Bund noch fernstehen. Die vielen Lohnverhandlungen des verflohenen Geschäftsjahres konnten die immer weitere Veredelung der Bauarbeiter nicht aufhalten, durch Streik wollte man sich die erbärmliche Lage verbessern. Durch das Eingreifen des Gauleiters Köhler wurde aus diesem Streik eine schwere Niederlage der Bauarbeiter für Schlesien. Köhler erklärte den Streik bei den Unternehmern als wild und behauptete, es läge Vertragsbruch vor. Die Folge war Verlust der Anrechte auf Ferien; also das sind die Herren, welche die Interessen der Bauarbeiter vertreten sollen. Die Bauarbeiter Waldenburgs haben aus diesem Verhalten ihre Schläse gezogen und werden ihm bei passender Gelegenheit die rechte Antwort geben.

Die Wahl des Vorstandes ergab eine starke Schwelung nach links, und zwar steht sich der neue Vorstand aus drei Kollegen der SPD und zehn Genossen der KPD zusammen.

Es gelangten nun Anträge zur Beratung. Antrag 1: Erhöhung der Sterbemerkel und Sterbeunterstützungen wurde angenommen, zwei weitere Anträge auf Unterstützung eines Kollegen und Erhöhung der Sühngelder fanden gleichfalls Annahme. Ein Antrag der Sektion der Poliere und Schachtmeister, in dem die Unterstützung sämtlicher Bauarbeiter gefordert wird, um die Poliere und Schachtmeister aus dem Polierbunde herüberzuziehen, wurde angenommen.

Den Bericht von der letzten Lohnverhandlung gab Kollege Barzil. Gefordert wurden für die erste Februarhälfte 100 Prozent. Die Unternehmer gaben wohl an, die Einheitsfront wahren zu wollen, aber sie hätten noch keine Zeit gehabt, den Index (gemeint der Index für Proleten) festzustellen, insofern könne man noch keinen festen Satz festlegen. Durch telefonischen Bescheid bescheidigt, fällte das Lohnamt folgenden Spruch: 51,6 Prozent ab 1. Februar bis 15. Februar. Der Bescheid erregte lebhaften Protest in der Versammlung. Eine scharfe Diskussion setzte nun ein, in der die Stellungnahme der Unternehmer scharf gegeißelt wurde. Eine wichtige Debatte entpinn sich betrefsz Abgabe von zwei Sundenlöhnen für die Ruhrhilfe. Sämtliche Kollegen waren sich darin einig, daß wir für diesen nationalistischen Rummel keinen Pfennig übrig haben. In einem Antrage, in dem die Vereinsleitung beauftragt wird, sämtliche Unternehmer zu

benachrichtigen daß Abzüge des Lohnes für diesen Rummel nicht gemacht werden dürfen zeigt die Bauarbeiterchaft Waldenburgs daß sie nicht gewillt sind einen Stimmstreik von ihrem Hungerlohn zu finanzieren. Folgende Resolution wurde angenommen.

Die heute in der Stadtbrauerei Waldenburg stattgefundenen Generalversammlung des Bauergewerksbundes Bezirksverein Waldenburg welche über 5000 Bauarbeiter vertritt erhebt entschiedenen Protest gegen den Versuch, den Bauarbeitern den Achtstundentag rauben zu wollen. Sie gedenkt dabei der schweren jahreszeitlichen Kämpfe die um die Verkürzung der Arbeitszeit zur Erreichung des Achtstundentages geführt werden mußten und darum werden sie heute in einer Zeit der vollständigen Unternahrung und Verelendung wie sie noch nie zu finden war, Mann für Mann jetzt und der Zukunft eintreten zur Erhaltung des Achtstundentages. Sie fordern die Zentralvorstände auf, jeden Versuch von welcher Seite er auch kommen mag, den Achtstundentag zu verhandeln energisch zurückzuweisen die Unterstützung aller Bauarbeiter ist ihnen im Abwehrkampf gewiß.

Die heute stattgefundenen Bauarbeiter-Generalversammlung protestiert desgleichen gegen die Sabotage gegen die alle Forderung der Bauarbeiterchaft auf Anstellung eines Bauenkontrolleurs aus dem Kreise der Bauarbeiter.

Die Versammlung fordert die in den Gemeinde und Kreisratstägern sitzenden Arbeitervertreter auf energisch auf die Durchführung dieser Arbeiterforderung einzutreten damit endlich die unhaltbaren Zustände im Bauarbeiterchutz beseitigt werden.

Aus der Partei.

An unsere Ortsgruppen!

Wir berufen hiermit für Sonnabend und Sonntag, den 3. und 4. März, den

6. Bezirksparteitag

- nach Breslau ein.
- Tagesordnung:
1. Die politische Lage. Referent: Zentralvertreter.
 2. Bericht vom Reichsparteitag. Referent: Genosse Smolka.
 3. Bericht von der Reichsfrauentonferenz. Referentin: Genossin Kuple.
 4. Unsere organisatorischen Aufgaben. Referent: Genosse Oelker.
 5. Ergänzungswahlen.
 6. Gemeindevahlen und Bericht von der kommunalen Beratungsstelle. Referent: Genosse Kigel.
 7. Verschiedenes und Erledigung von Anträgen.

Der Parteitag beginnt am Sonnabend, den 3. März, nachm. 4 Uhr, im Saale des „Schiefwerber“, Schiefwerberplatz 25, in Breslau. Die Delegierten werden jedoch abeten, bereits am Freitag, den 2. März, zur Generalversammlung der Produktiv-Genossenschaft in Breslau einzutreffen. Am Sonnabend vormittag findet die Besichtigung aller Einrichtungen und Abteilungen unserer Produktiv-Genossenschaft statt. Während am Sonnabend abend im großen Schiefwerbersaal die Filme vom 4. Weltkongress in Moskau vorgeführt werden.

Der Bezirksparteitag setzt sich zusammen aus den gewählten Delegierten der Ortsgruppen. Die Zahl der auf die einzelnen Ortsgruppen entfallenden Delegierten wird von der Bezirksleitung nach den für Januar abgerechneten Mitgliedsbeiträgen festgesetzt. Die Mandatsformulare gehen in dieser Anzahl den Ortsgruppen zu. Jeder Ortsgruppe mit mindestens 50 Mitgliedern steht ein Delegierter zu, auf je weitere 50 Mitglieder ein Delegierter mehr.

Wir bitten die Ortsgruppen, die Delegierten durch die Mitgliederversammlungen zu wählen. Wir legen jedoch Wert darauf, daß die Kreisleiter und Ortsgruppenvorsitzenden dabei mit gewählt werden, weil der Parteitag wichtige organisatorische Beschlüsse zu fassen hat, für deren Durchführung die Genannten verantwortlich sind. Die Delegationskosten tragen die Ortsgruppen selbst, da dem Bezirk hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen. In finanzschwachen Ortsgruppen und Kreisen wollen die Kreisleiter unter den Mitgliedern eine Sammlung zur Deckung der Unkosten für die Delegierten veranstalten, um auch ihnen den Besuch des Parteitages zu ermöglichen.

Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau werden den auswärtigen Delegierten Freiquartiere zur Verfügung stellen.

Anträge an den Bezirksparteitag sind bis zum 22. Februar an die Bezirksleitung einzureichen, damit dieselben veröffentlicht werden können.

Die Bezirksleitung KPD. Schlesien.

Drei Menschen.

Roman von Maxim Gorki.

Gegen Mittag erschien Pawel, ärgerlich, mit finsternen Zügen. Ohne den Freund zu grüßen, fragte er kurz:

„Was für ein Hochmutstreuzer ist in dich gefahren?“

Mia begriff, wovon er sprach, schüttelte resigniert den Kopf und dachte im Stillen:

„Auch der ist gegen mich.“

„Warum hast du Sophia Misowna beleidigt?“ fragte Pawel streng, indem er sich vor ihn hinstellte. In Gratschews prangenem Gesicht und seinen vorwurfsvoll blickenden Augen las Mia seine Beurteilung, doch verhielt er sich gleichgültig dagegen.

Langsam, mit müder Stimme sprach er:

„Du solltest erst grüßen, wenn du hereinkommst, und die Mütze abnehmen. Dort ist ein Heiligenbild.“

Aber Pawel sagte keine Mütze an Schirm und zog sie noch tiefer in die Stirn, wobei er höhnisch den Mund verzog und hitzig, voll Empörung, mit bebender Stimme ihm zurief:

„Spiel dich noch auf! Du Prohl! Hast dich satt gefressen!“

„Solltest dich lieber erinnern, wie du mal sagtest: es gibt keinen Menschen, der sich unserer annimmt! — Und jetzt, da er sich gefunden hat, jagst du ihn fort! — Ach, du Krämer!“

Ein dumpfes Gefühl der Scham hinderte Lunew, auf die Worte des Kameraden zu erwidern. Zerstreut schaute er auf das entrüstete, von Hohn erfüllte Gesicht Pawels und hatte dabei die Empfindung, daß die Vorwürfe des Freundes auf seine Seele gar keinen Eindruck machten. Er betrachtete Gratschew's mageres Gesicht mit dem blassen, gelben Bartwuchs, der auf Kinn und Lippe sproßte, und dachte:

„Da schimpft er nun! — Jedenfalls hat sie sich bei ihm bewährt — Hab' ich sie wirklich so tief gekränkt? Ich hätte's schlimmer machen können!“

„Sie versteht alles, vermag alles zu erklären — und du benimmst dich gegen sie — ach!“ sprach Pawel, seine Rede immer wieder durch Ausrufe unterbrechend. „Das sind alles die gute Menschen — und so klug. — Das ganze Recht kennen sie auswendig. — Ja, solltest dich lieber an sie halten — und halt' dessen.“

„Hör auf mich, Palschal!“ sprach Lunew langsam. „Was hast du mir Befehlungen zu geben? Ich tr', was ich will.“

„Was tust du denn? Kraxelst mit allen!“

„Wie ich will, so leb' ich. Zwischen seid ihr mit alle miteinander — rennt hin und her und schwächt!“

Und indem er sich gegen das Regal mit den Waren lehnte, sprach er nachdenklich, wie wenn er sich selbst eine Frage vorlegte:

„Was könnt ihr mir schließlich Neues sagen?“

„Sie kann alles“, rief Pawel im Ton tiefer Ueberzeugung und hob dabei unwillkürlich wie zum Schwur die Hand empor. „Sie wissen alles.“

„Na, dann geh' doch zu ihnen!“ rief Mia ihm trocken.

Sowohl Pawels Worte als auch seine Begünstigung waren ihm unangenehm, doch verschürte er keine Reizung, dem Freunde zu widersprechen. Eine dumpfe, öde Langweile hinderte ihn zu reden und zu denken und hemmte seine Bewegungen. Er wollte allein bleiben, nichts hören und nichts sehen.

„Ich geh' schon“, sprach Pawel düster. „Ich gehe, weil mir klar ist, daß ich nur mit jenen zusammenleben kann.“

Bei ihnen kann man alles finden, was einem not tut, ja! Sie kennen die Wahrheit! Niemand hat' ich so gekleidet, wie jetzt — so auf Menschenart. Wer hat mich bisher geachtet?“

„Brülle nicht so laut!“ sprach Lunew leise, mit kraftloser Stimme.

„Höflicher Böhse du!“ rief Pawel.

In diesem Augenblick betrat ein kleines Mädchen den Laden und verlangte ein Duzend Hemdnöpfe. Mia gab ihr, ohne sich zu beulen das Verlangte, nahm ihr das Zwanzigpfennigstück ab, das sie in der Hand hielt, rieb es mit den Fingern und gab es dem Mädchen wieder zurück, indem er sagte:

„Ich kann nicht herausgeben, bring' das Geld später.“

Er hatte wohl Kleingeld in seiner Kasse, aber der Schlüssel dazu lag in seinem Zimmer, und Lunew wollte ihn nicht holen. Als das Mädchen fort war nahm Pawel das Geldstück nicht wieder auf. Er stand am Ladentisch, kopfte sich mit der Mütze, die er abgenommen, aufs Knie und sah Lunew an, als ob er von ihm etwas erwartete. Aber dieser hatte sich von ihm abgewandt, und pfiff leise durch die Zähne. Von der Straße her dröhnte das Rauschen des Fuhrwerks in den Gassen, vernahm man die hastigen Schritte der Passanten, wehte der Staub herein.

„Nun, was hast du mir zu sagen?“ fragte Pawel herausfordernd.

„Nichts“, sagte Lunew nach kurzem Besinnen.

„Wirklich — also gar nichts?“

„Ruh' mich um Christi willen!“ rief Mia ungeduldig.

Gratschew lehnte die Mütze auf und entfernte sich mit raschen Schritten, ohne ein Wort zu sagen. Mia begleitete ihn mit seinen Augen, ohne den Kopf zu bewegen.

„Bin ich etwa krank — oder was ist sonst mit mir?“ fragte er sich.

Ein großer roter Hund sah zur Dürre herein, wedelte mit dem Schweife und verhielt sich. Dann sprach eine alte Bettlerin vor — ganz grau, mit großer Nase. Sie verbeugte sich und sprach halblaut:

„Gebt mir doch, Väterchen, ein Almosen — gebt, Wohl-täter!“

Lunew schüttelte schweigend den Kopf — er gab ihr nichts. Auf der Straße wogte in der heißen Luft das lärmende Treiben des Wochentags. Es war, als wenn ein gewaltiger Ofen geheizt würde, als wenn die vom Feuer verzehrenten Holzstücke darin prasselten und eine heiße Blut ausströmten. Ein Karren mit langen Eisenstäben fährt vorbei; die Enden der elastischen Stäbe ferkeln sich hinten, bis zur Erde und schlagen klirrend auf das Pflaster auf. Ein Scherenschleifer schärft ein Messer; der böse, zischende Laut durchschneidet die Luft.

„Rückchen aus Wa-adimiel!“ ruft mit singender Stimme ein Obstverkäufer.

Jede Minute bringt etwas Neues, Unerwartetes, und das Leben überflutet das Ohr durch die Mannigfaltigkeit seiner Laute, die Unermüdblichkeit seiner Bewegungen, die Fülle seiner unergründlichen Schaffenskraft. Aber in Lunews Seele ist alles stehen geblieben — keine Gedanken, keine Wünsche sind darin, sondern nur eine schwere, dumpfe Müdigkeit. In diesem Zustande brachte er wie unter einem Alpdruck den ganzen Tag und auch die folgende Nacht zu — und noch viele Tage und Nächte. Leute kamen, kauften, was sie brauchten, und gingen wieder, und Mia begleitete sie hinaus mit dem stillen Gedanken:

„Sie brauchen mich nicht, und ich brauche sie nicht. — Das scheint zwar anfänglich sonderbar — aber ich werde mich schon dran gewöhnen — werde ganz für mich leben — leben!“

An Gavrils Stelle besorgte ihm die Köchin des Hauswirts, eine finstere, bagers Person mit rotem Gesicht, den Tee und das Mittagessen. Ihre Augen waren farblos, starr, L. S. weilen, wenn Lunew sie ansah, war's ihm, als ob sich in der Seele seiner Seele etwas empörte:

„Soll ich denn niemals im Leben etwas Schönes sehen?“

Und düster, hoffnungslos, sprach er zu sich selbst:

„Ohne Sinn und Verstand flieht das Leben dahin.“

Früher hatte er unter dem Einfluß all der mannigfachen Eindrücke gelebt, die der Verkehr mit den Menschen mit sich brachte, und wenn er auch oft durch sie zu Jort und Widerpruch gereizt worden war, so hatte er sich doch dabei besser befunden. Jetzt hatten die Menschen sich von ihm zurückgezogen — nur die Kunden waren geblieben. Die Sehnsucht nach Einsamkeit und die Sorge um ein ruhiges, beschauliches Dasein, die ihn früher erfüllt hatten, waren gleichsam verunten in einer völligen Gleichgültigkeit gegen alles. Und wieder gingen nun, wie in starrer Schwüle, seine Tage trag und langsam dahin.

(Fortf. folgt.)

